

Innovation und Solidarität – Schlussfolgerungen der Landesregierung aus den Empfehlungen der Zukunftskommission Nordrhein-Westfalen (Plenarsitzung vom 21.01.2010)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Witzel. – Als Nächster hat der Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel*) (fraktionslos): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Muss ich mich jetzt eigentlich dafür bedanken, dass ich nach fünf Stunden hier jetzt auch einmal als Linker etwas zu der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten sagen darf?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wenn du das Mandat nicht geklaut hättest, wärest du vielleicht schon vorher dran gewesen!)

Ich möchte auch feststellen – das geht an CDU und FDP –, dass sich der Ministerpräsident mittlerweile aus der Debatte verabschiedet hat. Was ist das für ein unwürdiges Demokratieverständnis, bei der parlamentarischen Diskussion seiner eigenen Regierungserklärung nicht bis zum Ende anwesend zu sein! Das ist schon ein sehr merkwürdiges Verständnis der Landesregierung. Ich kann nur feststellen: So verkommt das Parlament zum Polittheater.

(Beifall von Karl Schultheis [SPD])

Die Zukunft in Nordrhein-Westfalen ist so schwarz wie ein Kohlenkeller, wenn diese CDU/FDP-Landesregierung weiterhin das Land regiert. Am 9. Mai ist aber Abpfiff – da bin ich mir sicher –, und dieses grauenhafte Spiel hier in Nordrhein-Westfalen wird endlich beendet. Dafür steht die Linke.

Nur eines hat diese Rüttgers-Regierung in fünf Jahren wirklich geschafft: Rekordschulden anzuhäufen wie keine Regierung je zuvor. Übertroffen wird ihre Bilanz nur noch von der gerade amtierenden Bundesregierung in Berlin. Der „Kahle Asten der Verschuldung“ in Nordrhein-Westfalen mit 130 Milliarden € Gesamtverschuldung wird in Berlin sogar noch getoppt. „Koalition auf Pump“ – so titelt die „Süddeutsche Zeitung“:

Bis zum Ende der Legislaturperiode wird die Koalition Angestellten, Beamten, Rentnern, Arbeitslosen, Kranken, Familien, Kulturfreunden ... einiges zumuten müssen.

Und selbst die konservative „FAZ“ schreibt über CDU und FDP unter dem Titel „Ohne Konzept“,

dass Finanzminister Schäuble nur Andeutungen macht, wohin die Reise geht. Gemeint sind wohl Einschnitte in Leistungsgesetze. – So weit zwei führende Zeitungen hier in der Bundesrepublik. Das ist auch kein Wunder bei einer Rekordneuverschuldung von 86 Milliarden € und einer wahnsinnigen FDP, die immer noch Steuergeschenke verspricht, für die sie selbst Konservative für verrückt erklären – und nicht nur Konservative.

In Nordrhein-Westfalen hat Finanzminister Linssen genau wie Innenminister Wolf zwei Verfassungsklagen vor dem Gerichtshof in Münster verloren. In Nordrhein-Westfalen sitzen die Verfassungsgegner auf der Regierungsbank.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

„Privat vor Staat“, diese Ideologie von der radikalen FDP immer wieder gefordert, wird von der CDU hier in Nordrhein-Westfalen eiskalt mit vollstreckt. Die Abschaffung des Staats, „Privat vor Staat“ – das ist verfassungsfeindlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Johannes Remmel [GRÜNE]: Genau!)

Die Realität sieht so aus: Sie kürzen, und Sie werden nach dem 9. Mai weiter kürzen – auf allen Ebenen. Sie kürzen aber vor allem im sozialen Bereich. Da kürzen Sie bereits jetzt im Land, und Sie kürzen in den Kommunen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist eine Unverschämtheit! – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das müssen Sie gerade sagen!)

– Sind Sie von der FDP fertig, oder möchten Sie vielleicht noch mehr Redezeit? Wir haben uns Ihren Unsinn hier lange genug angehört.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt!)

In Nordrhein-Westfalen haben Sie die Hilfen zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Kindertagesstätten komplett gestrichen. Sie haben die Zuschüsse für Frauenhäuser gekürzt, sodass diese durchgängig zu wenige Mitarbeiterinnen haben. Sie haben die Zuschüsse für die Obdachlosenhilfe gestrichen. 130 Arbeitslosenberatungsstellen wurden geschlossen, weil Sie die Zuschüsse gestrichen haben, und auch in den Kommunen wird gestrichen, was der Rotstift hergibt. Sie alleine haben jedem Bürger weitere 700 € Schulden aufgebürdet.

Noch einer Ihrer Verdienste: vorletzter Platz im bundesweiten Bildungsranking. Das ist das Ergebnis Ihrer verfehlten Bildungspolitik.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Was war denn vorher bei Ihnen?)

Trotz Studiengebühren kommen nirgendwo mehr Studierende auf einen Lehrenden als in Nordrhein-Westfalen.

Ebenso ist es bei den Schulen. Wir haben eine Schulministerin, die ihre eigenen Zahlen nicht lesen kann. Die Klassen sind größer geworden. Wir haben 6,4 % Schulabbrecher. 6,7 % der Schulabgänger bekommen keinen Ausbildungsplatz. Das ist Ihre Bilanz. In der Schule wären Sie durchgefallen, und das werden Sie auch bei der Wahl im Mai in NRW.

Die Kommunen sind blank wegen Ihrer Politik. Politik auf Kosten anderer – das ist Ihre Bilanz. Es ist eine kalte und zynische Politik, die Sie hier in NRW vollstrecken.

Sie sind dabei in der Gesellschaft Ihresgleichen. Denn was diese Bundesregierung nicht macht, ist eine andere Steuerpolitik und eine Umverteilung von oben nach unten, was eigentlich notwendig wäre. Sie macht weiterhin das Gegenteil.

Ein Ende der Klientelpolitik ist auch nicht zu sehen. Im Gegenteil: So moralisch verkommen wie die FDP, die erst eine Millionenspende kassiert, um dann für Hoteliers die Steuern zu senken,

(Zurufe von der FDP)

hat selten eine Regierung Politik gemacht. Auch die CDU hat profitiert. Parteispenden von Unternehmen, Unternehmerverbänden, Banken und Versicherungen müssen endlich gesetzlich verboten werden. Die Millionenspende an die FDP als Belohnung für die Mehrwertsteuerreduktion im Hotelgewerbe spricht Bände.

Zudem: Kein Parlamentsmitglied darf während der Ausübung des Mandats auf der Lohnliste eines Unternehmens oder Wirtschaftsverbandes stehen. Gucken Sie einmal in Ihre Reihen, wie viele Lobbyisten hier im Landtag sitzen! Wir sind gegen eine gekaufte Politik, wie man sie bei Ihnen sieht.

Sie sind hier in NRW nicht besser. Der „wüste“ Abzocker, der Generalsekretär der CDU, ist dafür ein deutliches Beispiel. Doch der Ministerpräsident hat selbst da keine Skrupel und belässt ihn im Amt.

Der Volksschauspieler Rüttgers inszeniert stattdessen weiter seine großen Auftritte. Wir erleben eine Selbstbeweihräucherung ohnegleichen. Mit vollmundigen Ankündigungen sind Sie freigiebig. Überall, wo es keine Konsequenzen hat, geben Sie sich sozial. In der Zeitschrift „stern“ zum

Beispiel geben Sie sogar meiner Partei, der Linken, recht: Der Finanzmarkt müsse endlich reguliert werden. – In Kreuth bei der CSU verneinen Sie Steuersenkungen auf Kosten von Sozialleistungen. In der realen Politik aber machen Sie und diese Koalition in einem fort genau das Gegenteil. An all diesen Punkten wird deutlich, dass Ihre Ankündigungen, Herr Rüttgers, nichts anderes als Lippenbekenntnisse sind, die tags darauf selbst von Ihrem eigenen Koalitionspartner dementiert werden.

So widerspricht Ihnen der Chef der Heuschreckenpartei FDP, Gerhard Papke. Ich zitiere:

Es kann nicht sein, dass sich die Politik nur um die kümmert, die Hartz IV beziehen. Sie muss sich um die kümmern, die Hartz IV bezahlen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Genau richtig!)

Was für eine Zukunftspolitik! Was für eine Zukunftspolitik hier für Nordrhein-Westfalen! Das ist eine knallharte, eiskalte Politik gegen die Ärmeren hier im Lande.

Herr Rüttgers, da frage ich Sie: Was will denn nun die Landesregierung? Will sie die Hartz-Gesetzgebung einer Grundrevision unterziehen, wie Sie das nennen, und den Berechnungssatz für Kinder von Arbeitslosen erhöhen, wie es dem Herrn Ministerpräsidenten mit einem Mal mit Blick auf den Wahltermin angeraten erscheint, dies vollmundig anzukündigen? Ich sage „ankündigen“, nicht „sich ernsthaft dafür einsetzen“. Denn die Gelegenheit haben Sie ja in Berlin bei den Koalitionsverhandlungen längst verspielt.

Real machen Sie weiter Politik gegen die Ärmeren in NRW – die Schere zwischen Arm und Reich klafft in NRW immer weiter auseinander – und natürlich mit weiteren Steuergeschenken für Konzerne, Erben und Hoteliers. Fortgesetzt Umverteilungspolitik von oben nach unten machen Sie nicht.

Die Aufgabenverteilung bei Ihrem schwarz-gelben Projekt ist ganz klar. Der eine geriert sich sozial und verspricht, Lehren aus der Finanzmarktkrise und der Verarmung großer Teile der Schwächsten dieser Gesellschaft durch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau gezogen zu haben. Der andere von der FDP bedient dessen ungeachtet ungeniert weiterhin seine Klientel mit Steuergeschenken und zieht – was auch immer geschehen mag – weiter seine radikale Marktideologie durch. Aber gemeinsam schlagen, um dann nach der Wahl mit einem kräftigen „Weiter-So“ in den Abgrund zu stürzen, das ist Ihre Politik.

Die Bundesregierung weigert sich, verbindlich etwas dazu zu sagen, was nach dem 9. Mai tatsächlich passieren soll. Ihr alleiniges Ziel ist es, sich mit unverbindlichen Lippenbekenntnissen über den Wahltermin in NRW am 9. Mai hinwegzuretten. Doch die Leute im Lande sind nicht blöd. Und wir, die Linke in NRW, werden das verhindern. Die Wahl in NRW wird spannend, und es ist

nichts entschieden.

Ich sage Ihnen auch hier im Hause: Was die Regierungsbeteiligung angeht, so wird so getan, als gäbe es bei unserer Partei im Osten Regierungswillige und im Westen Fundamentalisten, die eine Regierungsbeteiligung ablehnen. Das ist falsch.

In Hessen wollte die Linke Andrea Ypsilanti zur Regierungschefin wählen. Das ist an der SPD gescheitert.

Im Saarland wollten wir eine rot-rot-grüne Koalition. Die scheiterte an den Grünen, die von einem der FDP angehörenden Unternehmer gekauft waren.

In Hamburg verweigerte nicht die Linke eine mögliche rot-rot-grüne Regierung, sondern die SPD schloss sie von vornherein aus.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Auch da – hören Sie zu, Frau Löhrmann – gingen die Grünen dann der CDU auf die Schleimspur. Jetzt wird auch das Lavieren vor der Landtagswahl am 9. Mai in NRW bei SPD und Grünen immer größer. Denn die Grünen wollen bei den Koalitionsaussagen „auf Sicht fahren“. So nennen sie das. Die SPD möchte keine Ausschließertis. Es ist ein unsägliches Schauspiel, wenn SPD und Grüne sich beide jeweils vorstellen können, mit den Sozialabbauern von der CDU unter einem Ministerpräsidenten Rüttgers zu koalieren.

Nicht nur deshalb ist die Linke die einzige klare Opposition in NRW gegen eine schwarze Mehrheit. Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen. Sie werden die Menschen in NRW nicht täuschen. Die Pläne für Kürzungen im Sozialbereich liegen doch bereits überall in den Schubladen. Den Wählern auf diese Weise systematisch Sand in die Augen zu streuen, das werden wir verhindern.

(Vorsitz: Vizepäsident Oliver Keymis)

Eine der wesentlichen Aufgaben der zukünftigen Fraktion Die Linke in diesem Hause nach den Wahlen wird es sein, den Wahlbetrug zu verhindern, den Sie bereits jetzt vorbereiten. Nichts anderes machen Sie. Die Leute im Land haben es längst verstanden. Sie wollen sich nur über den Wahltermin am 9. Mai retten. Das ist das einzige Ziel Ihrer Politik, das Sie im Moment hier betreiben. Deswegen lügen Sie wie gedruckt wie in Berlin.

(Zurufe von CDU und FDP)

Das ist die Realität.

„Original sozial“ auch nach der Wahl – dafür steht die Linke. Je stärker die Linke, desto sozialer das Land. Dafür kämpfen wir.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Sagel, vor dem Hintergrund, dass wir hier von diesem Podium aus noch keine Wahlkampfreden halten, müsste ich Sie für den Ausruf „Sie lügen“ rügen. Diese **Rüge** spreche ich hiermit aus.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Es ist bedauerlich, dass der Ton in dieser Form jetzt hier Einzug hält. Aber das ist wohl nicht zu ändern. Wir müssen uns an der Stelle entsprechend wehren.

(Zurufe)

Das tue ich mit der Rüge ganz bewusst. Sie nehmen die bitte so zur Kenntnis. Ich bitte Sie auch, auf Widerspruch zu verzichten. Das ist nämlich gegenüber dem Präsidium auch nicht angesagt.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Der nächste Redner ist für die CDU-Fraktion Herr Prof. Dr. Sternberg.